



Corona: Bildungsministerin muss auf Schüler und Lehrer zugehen

GRÜNE WOLLEN MEHR AUTONOMIE FÜR DIE SCHULEN

Die Grünen haben die saarländische Landesregierung aufgefordert, den Schulen vor Ort in der Corona-Krise im Rahmen eines Handlungskorridors mehr Entscheidungskompetenzen einzuräumen. In der Bildungsdebatte müsse die Bildungsministerin endlich Pragmatismus und Kompromissbereitschaft zeigen. Dabei müsse es um orts- und situationsangepasste Maßnahmen gehen.

Jede Schule habe andere Herausforderungen in der Krise, die man mit dem Wissen und dem Einblick vor Ort auch unterschiedlich handhaben müsse. Das Ausbremsen jeglicher Versuche von einzelnen Schulen situationsangepasst, auch digital, zu reagieren, sei mindestens so schädlich wie die kommunikative Salomitaktik der Bildungsministerin. Grünen-Landeschef Markus Tressel begrüßt in diesem Zusammenhang auch den Schulterschluss der Landesschülervertretung mit den saarländischen Lehrgewerkschaften.

Die Bildungsministerin müsse endlich auf Lehrer, Schüler und Eltern zugehen.

Grünen-Landeschef Markus Tressel sagte dazu: „Der heutige Schulterschluss der Schülervertretung mit den Lehrgewerkschaften zeigt, dass der Druck in den Schulen immens ist. Und es geht entgegen anderslautender Behauptungen überhaupt nicht darum, Schulen zu schließen und nur noch digitalen Unterricht anzubieten, sondern darum, dass wir technisch und didaktisch die Möglichkeit

haben müssen, gute Bildung und Betreuung mit der Bewältigung steigender Infektionszahlen zusammen zu bringen. Fakt ist aber, dass eine aufgrund hoher Ausfallzahlen von Lehrkräften und Schülern und schlecht ausgebaute digitaler Werkzeuge dysfunktionale Präsenzscheule auch wenig im Hinblick auf die Lösung sozialer Problemstellungen hilft.“ Die Unnachgiebigkeit der Ministerin sorge zudem für Verdruss bei Beschäftigten und Schülerinnen und Schülern.

Saarlandtrend als Ansporn – Inhalte weiter im Vordergrund **3**

SVolt: Bahnanbindung frühzeitig mitplanen **5**

Gutachten: LMS-Direktorinnen-Wahl durch Landtag verfassungswidrig **7**

SVolt-Ansiedlung: Antriebswende kann industrielle Arbeitsplätze sichern **4**

Digitaler Frauenkongress voller Erfolg! **6**

Sorge um Grundwasserneubildung **8**



Grün Express

AUSGABE
14 / 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

politisch drehen sich im Moment viele Räder und die letzten Wochen haben neben der bedrohlichen Corona-Lage auch weitere Themen zu Tage gefördert, über die es sich zu sprechen lohnt. Die Pandemie hat uns aber thematisch immer noch stark im Griff und wir erkennen, dass der aktuelle Teil-Lockdown allenfalls eine Verstärkung der Infektionszahlen und keinen signifikanten Rückgang gebracht hat. Zudem bleiben viele praktische Probleme der Pandemiebewältigung weiter ungelöst oder „verschlimmbessert“, wie z.B. die Situation in unseren Schulen. Dazu haben wir als Grüne in den vergangenen Wochen viele Vorschläge gemacht, die wir in diesem Newsletter nochmal darstellen.

Eine positive Meldung gab es für den Wirtschaftsstandort: Der chinesische Hersteller von E-Auto-Batterien SVolt hat angekündigt, sein europäisches Werk im Saarland bauen zu wollen. Standorte sollen das so genannte Linslerfeld in Überherrn und die ehemalige Laminatfabrik in Heusweiler werden. Trotz unserer -in der Nutzung unbebauter Grünfläche begründeten- Skepsis bezüglich der Standortwahl in Überherrn ist das ein echter Lichtblick für den Standort, weil damit auch die Auto-Kompetenz des Standortes für eine Zukunftstechnologie genutzt wird. Für erhoffte Folge-Ansiedlungen wollen wir deshalb ein Konzept, das nicht auf die Nutzung von Grünflächen ausgerichtet ist, sondern auf altindustrielle Flächen wie das ehemalige Kraftwerk Ens Dorf.

Eine Premiere gab es auch: Unser erster digitaler Frauenkongress war ein voller Erfolg! Zeitweise über 30 Frauen haben fast einen ganzen Tag über feministische Politik, über Strategien für Frauen in der Politik und über praktische Umsetzung etwa in Satzungsfragen diskutiert. Eröffnet wurde die Konferenz von der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und frauenpolitischen Sprecherin der Grünen, Ricarda Lang. Alles in allem ein rundes Programm, das auch in der Eröffnung von vielen Interessierten auch bei Facebook verfolgt wurde.

Wir wünschen Euch ein schönes Wochenende und bleibt gesund!

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

AKTUELL

Industrieansiedlungen: Land muss Ex Kraftwerks- standort schnell zugänglich machen

Grüne fordern nachhaltige
Industrieflächenstrategie und mehr
interkommunale Zusammenarbeit

Die saarländischen Grünen haben die Landesregierung aufgefordert, den Standort des ehemaligen Kohlekraftwerks Ens Dorf schnell für etwaige Industrieansiedlungen zugänglich zu machen. Die Tatsache, dass jetzt für die sehr begrüßenswerte Ansiedlung der Batteriefabrik unversiegelte Grünfläche weichen müsse, während in wenigen Kilometern Entfernung eine gewidmete Industriefläche mit besten Voraussetzungen zur Verfügung stehe, sei eine flächenpolitische Fehlleistung der Landesregierung.

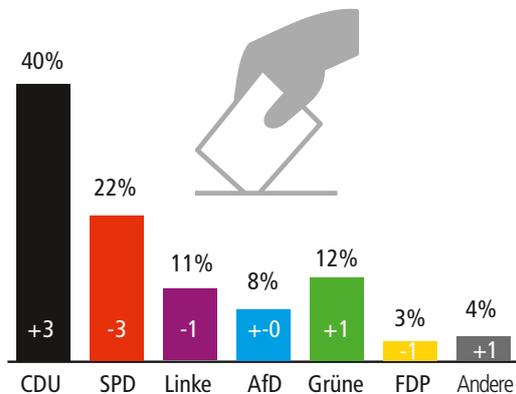
Grünen-Landeschef Markus Tressel sieht den Verweis auf die Besitzverhältnisse als Ausrede: „Land und Kommunen haben Einflussmöglichkeiten was die Nutzung des Geländes in Ens Dorf angeht, nicht nur über ihre Anteile am VSE-Konzern. Auf diesen Standort muss bei weiteren Ansiedlungsplänen endlich ein Fokus gelegt werden, weil dort eine hervorragende Anbindung an Bahn, Wasserstraße und das Straßennetz besteht. Wir können doch nicht weiter Grünfläche versiegeln wollen, obwohl beste gewidmete Industriefläche mit bester Verkehrsanbindung nur wenige Kilometer weiter vorhanden ist. Im Übrigen war bzw. ist auch das Linslerfeld in Privatbesitz, was die Landesregierung in diesem Fall jedenfalls nicht davon abgehalten hat, dort eine Ansiedlung zu betreiben. Das im Falle von Ens Dorf vorgetragene Mantra des nicht zugänglichen Privatbesitzes trägt also nicht. Ens Dorf muss jetzt zur Top-Priorität werden.“

Die Grünen hatten bereits im vergangenen Jahr ein umfangreiches Positionspapier dazu vorgelegt:

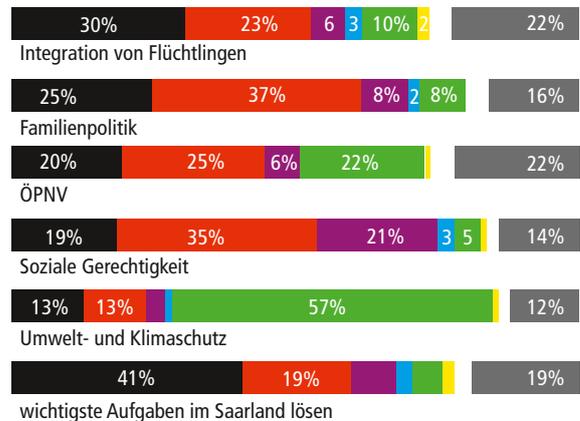
 <https://gruenlink.de/1sm9>



Sonntagsfrage Landtagswahl*



Parteikompetenzen*



*Quelle: SR/Infratest dimap (11.11.20)

Saarlandtrend als Ansporn

INHALTE WEITER IM VORDERGRUND

Der aktuelle Saarlandtrend des Saarländischen Rundfunks (SR) hat nicht nur gute Werte für die Grünen in der Sonntagsfrage erbracht. Auch bei den Kompetenzzuschreibungen konnten die saarländischen Grünen gute Ergebnisse vorweisen.

Markus Tressel und Tina Schöpfer, die beiden Landesvorsitzenden freuen sich über die Umfrage, sehen aber weiter große Herausforderungen: „Der Saarlandtrend ist ein sehr gutes Zwischenergebnis und ein großer Ansporn! Vor allem auch unter Corona-Bedingungen, d.h. einer starken öffentlichen Präsenz vor allem der Regie-

rungsparteien, haben wir uns behauptet und konnten gegenüber dem letzten SR-Saarlandtrend sogar zulegen. Bei den Kompetenzzuschreibungen etwa beim Öffentlichen Nahverkehr stehen wir vor der CDU. Es bleibt aber noch viel zu tun. Wir werden weiter laut und nachdrücklich für eine breite Palette von Themen im

Saarland eintreten: Für Klimaschutz, Verkehrswende, Bildung und eine zukunftsfähige Wirtschaft wollen die Menschen offenbar auch starke Grüne im Landtag. Wir werden uns weiter reinhängen, damit aus guten Umfragen gute Wahlergebnisse werden.“

Tressel schlägt Corona-Bürgerrat vor

MINISTERRAT IN SCHWIERIGEN CORONA-FRAGEN DURCH BÜRGERRAT UNTERSTÜTZEN

Als Reaktion auf die neuen Corona-Beschlüsse und der unzureichenden Landtagsbeteiligung schlägt der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel die Einrichtung eines Corona-Bürgerrats vor. Dieser könne den Ministerrat mit Expertise aus Reihen der Bürger unterstützen und auch für mehr Akzeptanz sorgen. Tressel betont, ein Bürgerrat könne den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der Landesregierung in den schwierigen Corona-Fragen sach- und lösungsorientiert begleiten. Die Erfahrungshintergründe von Bürgerinnen und Bürgern könnten zu differenzierten und gerechten Corona-Beschlüssen beitragen.

Der Grünen-Politiker schlägt einen Corona-Bürgerrat vor, der die Landesregierung in den schwierigen Corona-Fragen begleitet. Tressel: „Ich schlage einen losbasierten Bürgerrat vor, der einen gesellschaftlichen Querschnitt durch die saarländische Bevölkerung darstellt, um die Landesregierung in ihrer schwierigen Aufgabe sach- und lösungsorientiert zu unterstützen. Im Dialog mit Expertinnen und Experten könnte der Bürgerrat wichtige Handlungsempfehlungen erarbeiten. Jede Bürgerin, jeder Bürger bringt einen ganz persönlichen Erfahrungshintergrund mit, der zu differenzierten und gerechteren Corona-Beschlüssen des Ministerrats beitragen kann. Dies ist

auch wichtig für die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung.“

Augsburg hatte als erste deutsche Stadt einen Corona-Rat eingerichtet, der per Losverfahren Bürgerinnen und Bürger in die Beratung über Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie einbezieht. Auch das Land Baden-Württemberg hat mit dem Bürgerforum Corona ein ähnliches Konstrukt eingerichtet. Für das Saarland, so Tressel, könne das aufgrund der Größe des Landes ein erfolgversprechender Weg sein.

<https://gruenlink.de/1vls>





SVolt-Ansiedlung: Antriebswende kann industrielle Arbeitsplätze sichern

SYNERGIEEFFEKTE FÜR SICHERUNG DES FORD-STANDORTES NUTZEN

Die jetzt angekündigte Ansiedlung eines chinesischen Herstellers für Autobatterien kann ein wichtiger Meilenstein für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saarland sein. Für die Grünen kommt es auf die konkrete Umsetzung an. Kritik gibt es weiter an der Standortwahl.

Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender der Grünen sagte dazu: „Die Entscheidung von SVolt Energy für das Saarland kann entscheidend dazu beitragen, den Industrie- und Automobilstandort Saarland durch Zukunftsinvestitionen im Batteriebau und im Mobilitätssektor jenseits des Verbrennungsmotors langfristig zu sichern. Das ist eine gute Nachricht für den Industriestandort und zeigt, dass Verkehrs- und Antriebswende industrielle Arbeitsplätze sichern oder gar neue schaffen kann. Es kommt jetzt aber auch auf die tatsächliche Ausgestaltung an, insbesondere vor Ort.“

Das Saarland hat sicher auch durch seine zentrale Lage in Europa und seine Produktionskompetenz im Automotivbereich überzeugt. Diese Kernkompetenzen sollte man

auch für die weitere Transformation des Standortes einsetzen.

Nun gilt es, die Ansiedlung zum Erfolg zu führen und Synergieeffekte durch die SVolt-Ansiedlung zu heben und unter anderem die Rahmenbedingungen in der Forschungslandschaft des Saarlandes im Greentech-Bereich deutlich zu verbessern um auch ein entsprechendes Umfeld für Wachstum in diesem Bereich zu schaffen. Insbesondere für Ford könnte dies eine Chance sein, wettbewerbsfähig Elektrofahrzeuge am Standort Saarlouis zu produzieren und damit den angestrebten Konzernumbau erfolgreich zu gestalten. Die Landesregierung muss sich jetzt mit Nachdruck für die zukunftsfähige Gestaltung der vorhandenen Automobil- und Zulieferindustrie einsetzen. Ford fordert wir auf, seine weiteren Pläne für den

Standort Saarlouis schnellstmöglich offen zu legen.“

Durchaus kritisch sehen die Grünen weiter die Standortwahl. Um SVolt Energy die besten Startbedingungen im Saarland zu geben, wäre aus ihrer Sicht das Kraftwerksgelände in Ensdorf nicht nur aus verkehrlichen Aspekten erste Wahl gewesen: „Hier hätte man dem Unternehmen ohne zusätzliche Flächenversiegelung einen integrierten Standort mit hervorragender Autobahn-, Wasser- und Schienenanbindung anbieten können. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung es vermocht hätte, mit der VSE als Eigentümer da eine Einigung herzustellen.“

 <https://gruenlink.de/1vef>





SVolt: Bahnanbindung frühzeitig mitplanen

BISTTALBAHN SCHNELLSTMÖGLICH REAKTIVIEREN

Anlässlich der Ansiedlungspläne von SVolt Energy wollen die Grünen die umweltfreundliche Verkehrsanbindung über die Schiene für Mitarbeiter und Lieferverkehr in Überherrn und Eiweiler gleich mitplanen und forcieren. Sie sehen durch die Neuansiedlung vor allem eine große Chance für die Reaktivierung der Bisttalbahn und fordern vor diesem Hintergrund eine neue Kosten-Nutzen-Analyse.

„Um SVolt Energy die besten Startbedingungen im Saarland zu geben, wäre das Kraftwerksgelände in Ensdorf mit einer guten Anbindung an Wasser, Schiene und Autobahn aus verkehrlichen Aspekten die erste Wahl gewesen. Außerdem hätte es keiner neuen Eingriffe in Natur und Umwelt bedurft, die jetzt in Überherrn notwendig werden. Umso wichtiger ist es jetzt, zumindest die nachhaltige Schienenanbindung der beiden Werksgelände in Überherrn und Eiweiler durch die SHS Strukturholding Saar als Bauherr gleich mitzuplanen“, fordert Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Mit der SVolt-Ansiedlung gebe es vor allem eine realistische Chance für die Reaktivierung der Bisttalbahn. Tressel: „Das Linslerfeld liegt in unmittelbarer Nähe zur Bahnstrecke. Für eine Neuansiedlung in dieser Größenordnung sollte ein Gleisanschluss für die An- und Auslieferung obligatorisch sein, um die B469 und die Autobahnen von LKW-Verkehr zu entlasten. Ebenso könnte man mit einem Bahnhofpunkt in der direkten Nachbarschaft den Hunderten Beschäftigten, die wohl aus der ganzen Region nach Überherrn pendeln werden, eine attraktive Alternative zum eigenen Auto anbieten.“

<https://gruenlink.de/1vee>



ICE-Ausfälle: Angebot zwischen Saarbrücken und Mannheim aufrecht erhalten

Drei der vier ICE-Zugpaare zwischen Paris und Frankfurt über Saarbrücken sind aufgrund der innerfranzösischen Reisebeschränkungen gestrichen worden. Das bedeutet einen herben Einschnitt für die Erreichbarkeit des Landes. Markus Tressel fordert als Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestags, die jetzt gestrichenen Zugpaare zumindest zwischen Saarbrücken und Mannheim verkehren zu lassen. Auch in Corona-Zeiten gebe es wichtige berufliche und familiäre Reisebedürfnisse. Verlässlichkeit sei zudem entscheidend, damit die Bahn eine attraktive Alternative zum Auto bleibe.

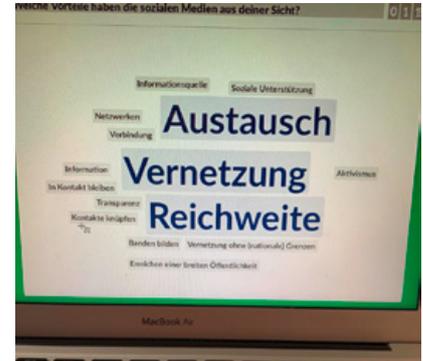
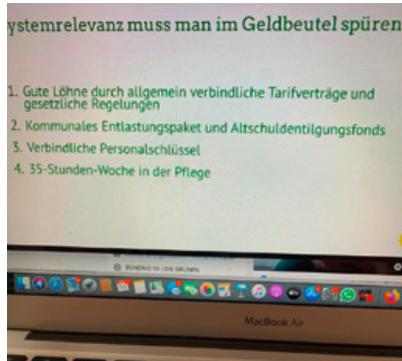
„Können keine Züge wegen Streiks nach Paris weiterfahren, lässt die Deutsche Bahn die ICE-Züge der Relation Paris-Frankfurt auch regelmäßig auf dem deutschen Streckenabschnitt zwischen Saarbrücken und Mannheim ausfallen. Wer auf die Bahn vertraut und kein Auto besitzt, hat mal wieder das Nachsehen“, kritisiert Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Der Grünen-Politiker fordert, den Fernverkehr zwischen Saarbrücken und Mannheim vollständig aufrechtzuerhalten. Tressel: „Die ICE-Züge sollten zumindest zwischen Saarbrücken und dem Fernverkehrsknoten Mannheim verkehren, auch weil in diesen Zeitlägen keine Regionalzüge fahren.“

<https://gruenlink.de/1ve9>



FRAUEN.MACHT.POLITIK. DIGITALER FRAUENKONGRESS VOM 14. NOVEMBER

Mit Ricarda Lang und Tina Schöpfer



Digitaler Frauenkongress voller Erfolg!

Viele positive Rückmeldungen haben wir für unseren digitalen Frauenkongress erhalten. Es freut uns sehr, dass mehr als 30 Grüne Frauen den ganzen Tag über bei dem Kongress dabei waren und darüber, dass der Live-Stream auf Facebook mit dem Panel unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ricarda Lang über 700 Mal geklickt wurde. Damit haben wir gezeigt: Wir können auch digital! Viele Frauen haben mit Ricarda Lang und unserer Landesvorsitzenden Tina Schöpfer darüber diskutiert, was sie sich frauenpolitisch wünschen: im Bund, im Land, in den Kommunen und innerhalb der Partei.

Auch in den Workshops war der Austausch interaktiv und konstruktiv. Ganz unterschiedliche Themen wurden dabei beleuchtet. Dass die Frage, wie man das Frauenstatut richtig anwendet keine trockene Satzungsfrage ist, sondern für Vielfalt und Demokratie steht, wurde im Online-Seminar mit unserer stellv. Landesvorsitzenden Claudia Beck, die Volljuristin ist, erörtert. Was Öffentlichkeitsarbeit und Social Media in der politischen Arbeit bewirken können, haben unsere stellv. Landesvorsitzende Jeanne Dillschneider und die Sprecherin der Grünen Jugend Saar, Marlene Schädler, mit vielen Frauen diskutiert. Wie man Hate Speech im Netz begegnet, stand im Mittelpunkt des Workshops von Kira Steinau, die Psychologie an der Universität des Saarlandes studiert und Fraktionsmitarbeiterin der Grünen in Kaiserslautern ist. „Mandatsträgerinnen packen es an“ lautete das Motto des Workshops von Marita Mayers, Co-Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Feminismus und Gleichstellung und Mitglied im Landesvorstand der Grünen Saar, und Petra Port, Mitglied im Landesvorstand der Grünen Saar.

Einblicke in ihre Arbeit als Bürgermeisterin in Saarbrücken gab unsere Generalsekretärin Barbara Meyer-Gluche.

Besonderes Highlight in der Mittagspause war der Yoga-Workshop mit Diana Lion, Mitarbeiterin der Landesgeschäftsstelle der Grünen Saar und Yogasana-Lehrerin® SKA.

Nach dem Frauenkongress ist übrigens vor dem Frauenkongress. Im nächsten Jahr wollen wir wieder einen veranstalten – wir hoffen sehr auf eine Präsenzveranstaltung, sind aber auch digital gerüstet. Wenn Ihr Themen habt, die Euch besonders beschäftigen und die man beim nächsten Frauenkongress behandeln könnte, dann schreibt uns gerne. Denkbar ist auch eine Veranstaltungsreihe zu einzelnen Themen noch vor dem nächsten Frauenkongress. Zum Thema Sexismus ist schon etwas in Planung.

Wir bleiben also frauenpolitisch am Ball!



Auf Facebook könnt Ihr Euch den Stream anschauen.
<https://gruenlink.de/1vm4>



„Wir müssen den notwendigen Umbau der Wirtschaft und des Arbeitslebens so gestalten, dass die Strukturen solidarischer, gerechter und nachhaltiger – sprich

widerstandsfähiger werden. Denn gleichberechtigte Gesellschaften sind nicht nur gerechter, sie sind auch weniger krisenanfällig.“

Ricarda Lang,
stv.Bundesvorsitzende Grüne



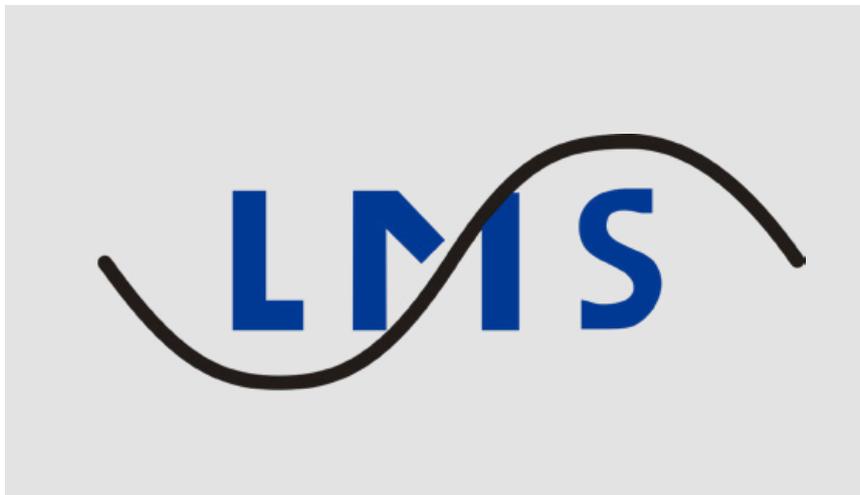
„Wir brauchen endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, mehr Frauen in Führungspositionen und ein Gesetz gegen sexistische Werbung. Feministische Politik muss

auf allen politischen Ebenen gemacht werden – vom Europaparlament bis zum Ortsrat.“

Tina Schöpfer,
Landesvorsitzende Grüne Saarland



**LANDESVERBAND
SAARLAND**



Quelle wikipedia.org – Gemeinfrei

Gutachten: LMS-Direktorinnen-Wahl durch Landtag verfassungswidrig

TRESSEL: LEITUNG DER LANDESMEDIENANSTALT KÜNFTIG DURCH MEDIENRAT WÄHLEN LASSEN

Die Wahl der Direktorin oder des Direktors der Landesmedienanstalt Saarland (LMS) durch den Landtag verstößt eklatant gegen das Gebot der Staatsferne und damit gegen die Rundfunkfreiheit. Dies geht aus einem Gutachten von Universitätsprofessor Dieter Dörr im Auftrag der Grünen-Bundestagsfraktion hervor. Somit war die Wahl der CDU-Politikerin Ruth Meyer zur LMS-Direktorin verfassungswidrig. Der saarländische Grünen-Bundestagsabgeordnete Markus Tressel fordert CDU und SPD auf, die Direktorin oder den Direktor vom gesellschaftlich-pluralistisch zusammengesetzten Medienrat wählen zu lassen und dazu das Saar-Mediengesetz verfassungskonform zu ändern.

„Das Rechtsgutachten kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Wahl der Direktorin der Landesmedienanstalt durch den Landtag, also durch ausschließlich staatliche Vertreter, verstößt eklatant gegen das Gebot der Staatsferne und damit gegen die Rundfunkfreiheit aus dem Grundgesetz. Das Gebot der Staatsferne schließt es demnach aus, dass der Staat bei der Auswahl der Direktorin oder des Direktors der Landesmedienanstalt Saarland maßgeblichen Einfluss besitzt. Die Wahl von Ruth Meyer zur LMS-Direktorin war klar verfassungswidrig“ sagt Markus Tressel,

Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Die Landesregierung müsse jetzt handeln und zügig das saarländische Mediengesetz verfassungskonform novellieren. Tressel: „Die Direktorin oder der Direktor sollte künftig vom Medienrat gewählt werden, wie dies auch in Rheinland-Pfalz üblich ist. Der Medienrat als Hauptorgan der Landesmedienanstalt ist bereits heute gesellschaftlich-pluralistisch zusammengesetzt und spiegelt damit eine große Vielfalt aus der Zivilgesellschaft wider. Die Wahl von

Ruth Meyer als aktive CDU-Politikerin zur LMS-Direktorin belegt eindrücklich, dass die Wahl durch den Landtag hinsichtlich der Staatsferne nicht nur formaljuristisch bedenklich ist, sondern auch ein reales Problem ist.“

Zum Gutachten
<https://gruenlink.de/1vec>

<https://gruenlink.de/1ved>





Sorge um Grundwasserneubildung

VERTEILUNGSKAMPF UMS WASSER VORBEUGEN

Nachdem in der Kirkeler Gemeinderatssitzung bekannt wurde, dass bereits eine Verringerung der Grundwasserneubildung von 20 bis 30 Prozent zu einem Engpass bei der Neunkircher Trinkwasserversorgung führen könnte und demzufolge die Mineralwasserförderung in Kirkel eingeschränkt werden müsse, fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel ein Landesprogramm zur Grundwasserneubildung, um jetzt Vorsorge zu treffen. Zugleich warnt der Grünen-Politiker vor einem langfristigen Verteilungskampf ums Wasser. Die Trinkwasserversorgung und ein ausgeglichener Landschaftswasserhaushalt müssten Vorrang vor kommerziellen Interessen haben.

„Wie in der gestrigen Sitzung des Gemeinderats Kirkel bekannt wurde, könnte bereits eine Verringerung der Grundwasserneubildung von 20 bis 30 Prozent im zu Neunkirchen gehörenden Mutterbachtal zwischen Kirkel und Eschweilerhof zu einem Engpass bei der Trinkwasserversorgung in Neunkirchen führen. Das sind die Werte, mit denen Experten auf Grund des Klimawandels und der zunehmenden Flächenversiegelung gegenüber der letzten Grundwasserneubildungsschätzung aus dem Jahr 1995 rechnen“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Vor diesem Hintergrund erschienen die Probebohrungen der zur Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) gehörenden Mittel-

deutschen Erfrischungsgetränke (MEG) im Taubental in einem völlig neuen Licht. Tressel: „Die Mineralwasserbrunnen der MEG liegen im Mutterbachtal. Sollte es auf Grund des Klimawandels und der Flächenversiegelung wirklich zur Verringerung der Grundwasserneubildung kommen, hätte die MEG ein großes Problem, da die Trinkwasserversorgung von Neunkirchen vorrangig und eine Verlängerung der Wasserrechte über 2024 unsicher ist. Offenbar geht es nicht nur um eine Erweiterung der Mineralwasserförderung, sondern auch darum, die drohenden Einschränkungen im Mutterbachtal durch Mengen im Taubental auszugleichen. Hier liegen noch Förderkapazitäten“

Der Grünen-Politiker fordert die Landesregierung auf, ein Landesprogramm

zur Grundwasserneubildung aufzulegen. Tressel: „Wir brauchen endlich eine fundierte Zahlengrundlage zur langfristigen Grundwasserneubildung in der Region. Jede Gefährdung der Trinkwasserversorgung, aber auch des Landschaftswasserhaushalts und damit des Kirkeler Waldes, muss ausgeschlossen werden. Zugleich gilt es mit einem Landesprogramm jetzt Vorsorge zu treffen, um die zu erwartende Verringerung der Grundwasserneubildung durch mehr Versickerungsmöglichkeiten auszugleichen. Die Trockenheit, die teilweise Austrocknung der Silbersandquelle und offizielle Zahlen aus Rheinland-Pfalz legen dies mehr als nahe.“

<https://gruenlink.de/1veb>





Personalnotstand: Corona-Ausfallkonzept erarbeiten

GRÜNE WOLLEN AUFKLÄRUNG DURCH GESUNDHEITSMINISTERIN BACHMANN

Als Reaktion auf den bekannt gewordenen Personalnotstand im Niedaltdorfer Pflegeheim, wo lediglich fünf der 29 Pflegekräfte einsatzfähig gewesen sein sollen, fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel von Gesundheitsministerin Bachmann ein landesweites Corona-Ausfallkonzept, um die Personalisierung der Pflegeheime jederzeit gewährleisten zu können. Notwendig sei etwa ein zentraler Personalpool mit einer Pflege-Feuerwehr. Der Grünen-Politiker fordert zudem umfassende Aufklärung darüber, wieso trotz Tätigwerden der Heimaufsicht die Personalisierung offenbar nicht sichergestellt worden ist.

„Obwohl die Heimaufsicht laut Gesundheitsministerin Bachmann seit Tagen vor Ort sei, herrschte wohl auch gestern noch absoluter Ausnahmezustand. Offenbar blieb dem Pflegeheim nichts anderes übrig, als mit einem öffentlichen Hilfeschrei über Facebook die Bevölkerung um Hilfe zu bitten. Wieso das Ministerium die Personalisierung in einer Notmaßnahme nicht umfassend sichergestellt hat, bleibt unklar. Personalengpässe in Pflegeheimen wegen Corona-Fällen und Quarantänemaßnahmen waren absehbar. Ich erwarte von Ministerin Bachmann jetzt umfassende Aufklärung“, fordert Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Der Grünen-Politiker fordert die Landesregierung auf, Vorsorge zu treffen. Niedaltdorf dürfe sich nicht wiederholen. Tressel: „Offenbar war das Gesundheitsministerium nicht vorbereitet und völlig überfordert. Wir brauchen ein landesweites Corona-Ausfallkonzept, um die Personalisierung der Pflegeheime auch in Notsituationen jederzeit sicherstellen zu können. Möglich ist etwa ein zentraler Personalpool mit Fachkräften, die bereit sind in Notlagen einzuspringen. Die Pflege und Betreuung der Heimbewohner muss zu jeder Zeit vollumfänglich gewährleistet sein.

Es darf nicht mehr so weit kommen, dass ein Pflegeheim keinen anderen Ausweg

sieht, als die Bevölkerung um Hilfe zu bitten. Es ist absolut vorbildlich, wenn Freiwillige in einer schwierigen Situation in Pflegeeinrichtungen als Arbeitskräfte einspringen. Zum Standard darf das aber nicht werden, zumal man zwischen erster und zweiter Welle Zeit gehabt hätte, Notfallplanungen anzupassen. Bachmann und ihr Staatssekretär sind unterdessen mitten in einer Gesundheitskrise fast völlig von der Bildfläche verschwunden.“

 <https://gruenlink.de/1vea>





Grüne für mehr Katzenschutz

Schöpfer: „Umweltminister Jost muss Katzenschutzverordnung endlich auf den Weg bringen“

Vor dem Hintergrund einer neuen Verordnung zu einer Kastrationspflicht von Freigänger-Katzen, die ab dem heutigen Sonntag in Zweibrücken gilt, fordern die Grünen die Landesregierung erneut auf, die Kennzeichnungspflicht für Katzen und die seit 2016 angekündigte Katzenschutzverordnung nun endlich auf den Weg zu bringen. Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer erklärt dazu:

„Die Landesregierung muss ihren Versprechungen aus Mai 2016 nun endlich einmal Taten folgen lassen. Damals hatte sie im Umweltausschuss berichtet, die Einführung einer Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht, die nach einer Änderung des Tierschutzgesetzes im Juli 2013 möglich ist, auch im Saarland zu prüfen und eine Katzenschutzverordnung zu erarbeiten. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist die Ankündigung ebenfalls zu finden. Ankündigungen reichen aber nicht, um Tierleid zu verhindern. Umweltminister Reinhold Jost muss hier endlich liefern.

Eine Kennzeichnungspflicht per Chip ist gut, um den Tierschutz zu verbessern, weil

entlaufene Tiere dadurch schnell ihren Besitzer*innen zugeordnet werden können. Eine Kastrationspflicht für Katzen, die sich draußen frei bewegen („Freigänger-Katzen“), ist wichtig, um eine unkontrollierte Vermehrung zu verhindern und Infektionskrankheiten zu vermeiden. Dadurch kann viel Tierleid vermieden werden. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine bundesweite flächendeckende Regelung einzusetzen.“

<https://gruenlink.de/1ve8>

RADWEGE: VERKEHRSSICHERHEIT IM WINTER GEWÄHRLEISTEN



Tressel regt gemeinsame Winterdienst-Initiative für Saar-Radweg an

Anlässlich der ersten Frostnächte fordert der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel mehr Anstrengungen von Land und Kommunen für ein sicheres Radfahren im Winter. Straßen und Radwege müssten gleichrangig von Eis und Schnee befreit werden, so Tressel. Es dürfe im Winter keine Verkehrsteilnehmer erster und zweiter Klasse geben. Zur Umsetzung schlägt der Grünen-Politiker ein Winterrouthen-Netz vor und regt beispielhaft eine gemeinsame Winterdienst-Initiative für den Saar-Radweg an.

Land und Kommunen sollten in einem ersten Schritt Hauptrouthen definieren und diese dann auch konsequent und gleichrangig von Eis und Schnee befreien. Wir brauchen gerade jetzt im Corona-Winter ein attraktives Angebot für die Menschen, die aus Infektionsschutzgründen auf das Rad umsteigen wollen. Langfristig müssen die Räumdienste technisch und personell in die Lage versetzt werden, Radwege gleichrangig zu den Straßen flächendeckend zu räumen.“

<https://gruenlink.de/1vk0>

